Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugetheilt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2006.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Der 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg.

In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.**

Heinrich Niebling,
Tolkewitzerstrasse 2 **Blasewitz** Tolkewitzerstrasse 2
Zeitungskommissionär für Blasewitz
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für die **„Dresdner Nachrichten".**

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Reisewitzerstrasse 41 (Eing. Striesnerstr.), in Löbtau: Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Bei **Frostschäden** wird Professor **Binz' Frostsalbe** mit vorzüglichem Erfolge angewendet. Büchse Mark **0.50** und Mark **0.75.**
Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Regenschirme aparte Neuheiten aller Preislagen empfiehlt in grosser Auswahl **C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17,** Pragerstrasse 46, Annenstrasse 9.

Nr. 9. Spiegel: Lesung des Reichsetats. Hofnachrichten. Berufswahl. Cigarrenabschnitte, ein Buchdruckerveteran †. Gerichtsverhandlungen.

Muthmaßl. Witterung: Heiter u. etwas kälter, später Trübung.

Freitag, 10. Januar 1902.

Zur ersten Lesung des Reichsetats.

Das Finanzexposé des Reichsschatzsekretärs Freiherrn v. Thielmann stand ersichtlich unter dem beklemmenden Eindruck des Defizits. Seine Ausführungen wirkten in ihrer eintönigen gleichmäßigen Unbehaglichkeit um so verstimmender als sie nirgends einen Lichtblick, nirgends das Aufflammen einer Hoffnungsfreudigkeit für die bessere Gestaltung der nächsten Zukunft erkennen ließen. Das Gesammtbild war Grau in Grau gemalt, die schlechten Erwartungen des Vorjahres noch übertroffen von der Wirklichkeit, wie der Redner besonders hervorhob, und zu alledem kam auch noch als Folge-Erscheinung der kaum überstandenen Erkrankung eine merkliche persönliche Indisposition des Reichsschatzsekretärs, die ihn sichtlich gepreßt machte und seine Stimme vielfach so erheblich abdämpfte, daß er nur für die nächste Umgebung verständlich war. Da schweift die Erinnerung unwillkürlich zurück zu den Zeiten, wo noch Herr v. Miquel, dessen Geist in den Darlegungen des gegenwärtigen Leiters der Reichsfinanzen auch einmal beschworen wurde, mit meisterhaftem Wort das Haus beherrschte, die Ueberschüsse in Parade aufmarschiren ließ und dem spröden Stoffe sprühendes Leben einhauchte. Freilich, gegen die Macht der Thatsachen, die den Fehlbetrag im Etat für 1902 verursacht haben, wäre auch ein Miquel nicht aufgekommen. Das Eine aber wäre mit Sicherheit von ihm zu erwarten gewesen: die Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit für die Verwirklichung der Reichsfinanzreform, die Folgerung ihrer unabweisbaren Nothwendigkeit aus den verschlechterten wirthschaftlichen Verhältnissen. Das erlösende Wort nach dieser Richtung hat indessen Herr v. Thielmann nicht gefunden. Er malte zwar die üble Wirkung einer Erhöhung der Matrikularbeiträge auf die Finanzen der Einzelstaaten in den grellsten Farben aus, versicherte sogar, daß die Matrikularbeiträge überhaupt keine weitere Erhöhung vertrügen, und stellte in Aussicht, daß zwecks Erzielung vermehrter Reichseinnahmen Tabak und Bier würden bluten müssen; die unzweideutige Erklärung aber, daß die verbündeten Regierungen entschlossen seien, die reinliche Scheidung zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten und die Sicherung der Einzelstaaten gegen ungedeckte Herauszahlungen an das Reich mit allem Nachdruck zu betreiben, brachte der Reichsschatzsekretär nicht über die Lippen. Das wird allseitig sehr bitter empfunden werden, weil das Reich eine wirklich solide und ersprießliche Finanzpolitik auf die Dauer nur betreiben kann, wenn gesetzliche Bestimmungen über die Beschränkung der Belastung der Einzelstaaten mit Matrikularbeiträgen erlassen werden. So lange solche Vorschriften nicht bestehen, bleibt die ganze Reichsfinanzpolitik nur Flickwerk und die Gefahr wird immer größer, daß die festen leitenden Grundsätze aus der Handhabung der Reichsfinanzen mehr und mehr verschwinden und Etats, wie der für 1902, in dem Alles von allen Seiten her kreuz und quer zur Befriedigung der Augenblicksbedürfnisse zusammengerafft erscheint, zur Regel werden.

Die Schilderung des Reichsschatzsekretärs von den fetten Ueberschußjahren 1895—1899, die er gab, um durch den Vergleich mit der jetzigen mageren Zeit die Lage zahlenmäßig zum Ausdruck zu bringen, ist ganz geeignet, eine förmlich elegische Stimmung zu erzeugen. In jener Periode des allgemeinen Aufschwungs betrug die durchschnittliche jährliche Steigerung der Reichseinnahmen 32 Millionen Mark. Um so jäher ist der plötzliche Absturz, der 1900 mit einem Fehlbetrage von 2 Millionen einsetzte und für 1902 so scharf in die Erscheinung tritt, daß der Etat für 1902 im Ganzen um etwa 65 Millionen (50 aus Steuern und Zöllen und 15 aus den übrigen Reichseinnahmen) hinter der durchschnittlichen Steigung der fetten Jahre zurückbleibt. Dementsprechend ist auch das Bild, das der Etat für 1902 im Einzelnen bietet: Wirkliche Matrikularbeiträge in Höhe von 24 Millionen Mark, Zuschuß-Anleihe dazu von 35 Millionen zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget und zur Entlastung der Einzelstaaten, ferner Anleihen von 20 Millionen für Telegraphen- und Telephonanlagen, statt der bisherigen Bestreitung dieses Postens aus den Betriebseinnahmen, weiter bei der Eisenbahnverwaltung eine mehrfache Durchbrechung der strengen Grundsätze, die bei der Vertheilung der Ausgaben auf Anleihe- und Betriebsmittel von Herrn v. Miquel eingeführt worden sind, endlich erhöhte Anforderungen an den Invalidenfonds durch Zuschüsse vom Kapital und auch sonst im Militäretat sowie für soziale Wohlfahrtszwecke eine bunte Durcheinanderwürfelung der Ausgaben in Bezug auf ihre Deckungsart, so daß sich für die Entscheidung der Frage, was aus laufenden und was aus Anleihemitteln zu bestreiten sei, kaum noch eine Regel auffinden läßt. Kein Wunder also, daß ein so unerfreulicher Stand der Reichsfinanzpolitik, wie ihn Herr v. Thielmann vor versammeltem Reichstage bekunden mußte, nicht nur den Redner lähmte, sondern auch das Haus kühl bis an's Herz hinan ließ, so daß eisiges Schweigen die Darlegungen des Reichsschatzsekretärs begleitete und ihm nicht einmal ein Achtungserfolg zu Theil wurde.

Schwung in die Debatte brachte erst das Eingreifen des Reichskanzlers Grafen Bülow, der auf Anspielungen reagirte, die der konservative Redner Graf zu Stolberg-Wernigerode auf das Gebiet der auswärtigen Politik gemacht hatte. Der genannte Abgeordnete hob in erster Linie rühmend unser gutes Verhältniß zu Rußland hervor und kam dann auch kurz auf die jüngsten Ausstreuungen über eine angebliche Erschütterung des Dreibundes sowie auf die Anzapfungen unserer glorreichen Armee durch den englischen Kolonialminister Chamberlain zu sprechen. Ueber unsere Beziehungen zu Rußland äußerte sich Graf Bülow nicht besonders, offenbar nur aus dem Grunde, weil sie zur Zeit nach allen Richtungen hin so freundnachbarlich gestaltet sind, daß sie überhaupt aus der Erörterung ausscheiden. Um so eingehender behandelte Graf Bülow die Affaire Chamberlain und den Dreibund. Der Reichskanzler war in tadelloser Stimmung und Haltung und sprudelte förmlich von guter Laune. Die Art, wie Graf Bülow spricht, läßt regelmäßig einen zuverlässigen Schluß auf die Tragweite und die Chancen des Gegenstands, den er behandelt, zu. Bei schwierigen, ernsten und in ihrem Ausgange unsicheren Fragen läßt der Reichskanzler seine sonstige Neigung zur leichten Salonplauderei, zum geistreichen Hintänzeln über die Diskussion ganz bei Seite und wägt jedes Wort in ruhiger, nüchterner Auseinandersetzung sorgfältig ab. In solchen Fällen kann man allemal darauf schwören, daß irgend etwas nicht im Lothe ist und daß Graf Bülow sich bereit hält zu zeigen, es sei nicht gut mit ihm Kirschen essen und er lasse sich nicht an den Wagen fahren. Anders dagegen, wenn der Reichskanzler den ihm so vortrefflich zu Gebote stehenden leichten und gefälligen Ton im Parlamente anzuschlagen beliebt: dann kann man darauf rechnen, daß Alles in schönster Ordnung ist und kein Wölkchen das heitere Blau des diplomatischen und politischen Himmels trübt.

So auch jetzt bei der Kundgebung des Grafen Bülow über Chamberlain und den Dreibund. Da klang kein einziger sorgenvoller oder auch nur tiefer gestimmter Ton in die leichtgeschürzte Ironie hinein, mit der der Reichskanzler in nachlässig eleganter Pose von oben herab den englischen Klassifizirer abthat, um gleich darauf in derselben spielenden Manier die „gewissen Leute, die sich von Zeit zu Zeit gedrungen fühlen, den Dreibund todt zu sagen," von sich abzuschütteln. Die Form, die der höchste verantwortliche Beamte des Deutschen Reiches gewählt hat, um Herrn Chamberlain den Standpunkt klar zu machen, war sicherlich die glücklichste, die sich finden ließ. Der Mann ist gar nicht werth, daß man sich über ihn aufregt: das war die Quintessenz der Worte des Reichskanzlers, der Ehren-Chamberlain genau so behandelte, wie man ein Stäubchen vom Rocke bläst. Daneben aber verfehlte Graf Bülow nicht, die volle Berechtigung der ersten scharfen Aufwallung im deutschen Volke über den unserem tapferen Heere zugefügten Schimpf rundweg zuzugeben.

Die Abfertigung der Dreibund-Orakler vollzog Graf Bülow mit der ganzen Ueberlegenheit eines Wissenden. Der Reichskanzler hielt im leichten Unterhaltungstone dem Reichstage eine kleine Vorlesung über hohe Politik, legte in kurzen, knappen Zügen die moderne Entwickelung zur Weltpolitik dar und maß daran den veränderten Werth des Dreibundes, der, wenn auch keine absolute Nothwendigkeit mehr für uns, doch immerhin noch „im höchsten Grade werthvoll" sei als eine Verstärkung der Friedensgarantien und als ein nützliches wirthschaftliches Bindemittel. Sehr wirksam und eindrucksvoll war, was der Reichskanzler zuletzt über die konsequente Friedenspolitik des Deutschen Reiches bemerkte. Es giebt in der That kein ähnliches Beispiel in der Geschichte, daß eine so mächtige, waffengewaltige nationale Organisation, wie sie das neue Deutsche Reich darstellt, in Jahrzehnte ehrlicher Friedensarbeit sich ausschließlich den Werken der Kultur, des geistigen und wirthschaftlichen Fortschritts, der Wohlfahrt und Gesittung widmet, durch seine furchtgebietende Rüstung alle kriegslüsternen Gegner niederhält und zugleich sich selbst allezeit so fest in Zaum und Zügel hat, daß es niemals in der ganzen langen Zeit in Versuchung geräth, den allgemeinen Gottesfrieden zu brechen und seinem ruhmgekrönten Heere neue Lorbeeren durch kriegerische Eroberungen um die Stirn zu flechten. Die kulturellen Segnungen, die das Deutsche Reich unter der Herrschaft dreier Kaiser durch eine zielbewußte 31jährige Friedenspolitik sämmtlichen Nationen des Kontinents zugeführt hat, sind nicht zu zählen. Ihr Gesammtgewicht ist aber schwer genug, um jeden Verleumder, der noch von angriffslustigen Absichten Deutschlands zu fabeln wagt, platt zu Boden zu drücken, um mit dem Grafen Bülow zu reden. Erreicht haben wir dieses hohe Ziel nur durch unsere militärische Stärke, die es darum auch in Zukunft vor Allem zu pflegen gilt, wenn wir ferner in der Lage bleiben wollen, auf eigenen Füßen zu stehen und Niemand nachzulaufen, wenn wir unsere Politik erfolgreich nach dem bewährten und auch vom Grafen Bülow proklamirten Grundsatze einrichten wollen: „Niemand zu Liebe und Niemand zu Leide!"

Neueste Drahtmeldungen vom 9. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Bei Anfangs sehr schwacher Besetzung des Hauses wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt. — Abg. Dr. Bachem (Centr.) verweist darauf, daß der Staatssekretär vor zwei Jahren beim Flottengesetz die Finanzlage sehr günstig geschildert und neue Einnahmequellen für gar nicht nothwendig erklärt habe. Die Hauptkalamität sei, daß die Ausgaben auch schon in den guten Zeiten viel stärker gestiegen seien als die Einnahmen und daß man dabei auf die Möglichkeit einer Verschlechterung der Einnahmen gar keine Rücksicht genommen habe. Den Rückgang der Ueberschüsse und der Eisenbahnen führt Redner namentlich auf das Syndikatswesen zurück und verlangt, daß das Reich sein Aufsichtsrecht über die Syndikate in verstärktem Maße handhabe. Die Reichsschuld sei binnen 12 Jahren um 2 Milliarden gewachsen. Jedenfalls treffe den Reichstag ein Theil der Schuld an der jetzigen Finanzlage, aber die Hauptschuld treffe den Bundesrath; dieser sei es hauptsächlich, der zu immer weiterer Steigerung der Ausgaben angetrieben habe. Außerordentlich verschoben hätten sich die Verhältnisse namentlich bei der Postverwaltung. Hier liege der starke Rückgang der Ueberschüsse aber nicht nur in der Verschlechterung der allgemeinen Erwerbsverhältnisse, vielmehr treffe die Post der Vorwurf, daß die Geschäftsführung jetzt dort etwas large sei, im Gegensatze zu der früheren soliden Geschäftsgebahrung. Allerdings treffe dieser Vorwurf nicht den jetzigen Staatssekretär, sondern seinen Vorgänger. Jedenfalls lägen die Verhältnisse bei der Post jetzt so, daß die fortdauernden Forderungen nach weiterer Herabsetzung der Gebühren zurückgewiesen werden müßten. Wer die postalischen Gebühren noch weiter herabgesetzt wissen wolle, müsse auch für anderweite neue Einnahmequellen sorgen, denn ganze Zweige der Postverwaltung arbeiteten schon jetzt mit Unterbilanz. Daß jetzt 20 Millionen für Postbauten, neue Telephonanlagen und dergleichen, die in den guten Zeiten aus dem Ordinarium bestritten worden seien, auf das Extraordinarium und auf die Anleihe übernommen würden, dem könne er zustimmen; denn es stehe durchaus mit dem Prinzip im Einklange, wie es in Preußen gehandhabt worden sei: in guten Jahren das Extraordinarium so zu dotiren, daß man in schlechten Jahren davon sparen könne. Wenn dem Reichstage jetzt zugemuthet werde, eine jährliche Dotirung des Festungsbaufonds mit 15 Millionen festzulegen, so sei das ein Faß ohne Boden; und er wisse nicht, ob der Reichstag sich darauf einlassen könne. Wenn uns jemals eine Finanzlage zum Sparen auffordere, so sei es die jetzige. Bezüglich der Chinaexpedition müßten wir Befriedigung darüber empfinden, mit Ehren aus der Affaire herausgekommen zu sein. Herr Südekum sprach gestern von einem Chinaabenteuer: wenn es nach dieser Ansicht ginge, hätte sich Deutschland den Gesandtenmord ruhig gefallen lassen müssen. Wir sind darüber allerdings anderer Ansicht; Die Herstellung unserer Ehre in China war durchaus nöthig, und der Gesammteindruck ist der, daß wir dieses Ziel erreicht haben. Die Herüberführung der astronomischen Instrumente muß ich allerdings bemängeln; und es war unsere Pflicht, den Rücktransport der Instrumente auf unsere eigenen Kosten zu bewirken. Es ist das ein wunder Punkt in dem Andenken an unsere Chinaexpedition. Redner behandelt dann die Frage der Deckung von 35 Millionen Defizit im ordentlichen Etat durch Anleihen, um eine entsprechende Erhöhung der Matrikularumlagen zu vermeiden, er meine, durch Anleihen dürften doch nur außerordentliche Bedürfnisse bestritten werden, während ein Defizit im Ordinarium verfassungsmäßig durch die Einzelstaaten im Wege der Matrikularbeiträge getragen werden müsse. Um letztere herabzumindern, werde man doch noch versuchen müssen, Abstriche im Ordinarium vorzunehmen, zum mindesten werde man ein etwaiges Mehr an Erträgnissen der Ueberweisungssteuern dazu benutzen müssen, zunächst diese Zuschußanleihen zu amortisiren. Weiter bekämpft Redner den Vorschlag der Abschaffung der Frankenstein'schen Klausel. Eine gänzliche reinliche Scheidung der Finanzen zwischen Einzelstaaten und Reich würde nur den Einfluß der Einzelstaaten im Bundesrathe schwächen. Wenn gestern Bier- und Tabaksteuer-Erhöhungen an die Wand gemalt worden seien, müsse das naturgemäß eine starke Beunruhigung hervorrufen. Durchaus Befriedigung habe seine Partei gestern empfunden bei den Aeußerungen des Reichskanzlers über Herrn Chamberlain. Die Erregung des deutschen Volkes aus diesem Anlaß sei eine ebenso berechtigte wie eruptive gewesen. Der Reichskanzler habe gestern bei dieser Gelegenheit von nationalen Errungenschaften 1870 gesprochen, hoffentlich habe er dabei nur an deutsche Errungenschaften und nicht auch an die Wegnahme Roms und des Kirchenstaates gedacht. Diese werde heute noch von den deutschen Katholiken, die in dem Papste immer noch den Souverän erblickten, schmerzlich bedauert. (Beifall im Centrum.) — Staatssekretär Kraetke erwidert dem Vorredner, daß die Ueberschüsse der deutschen Postverwaltung allerdings gegenüber denen in verschiedenen anderen Jahren zurückblieben. Zu vergessen sei aber nicht, daß bei uns im Gegensatz zu jenen anderen Ländern die Post auch Packete befördere. Auch seien bei uns in den letzten Jahren umfangreiche Anlagen gemacht worden, die sich erst später rentiren würden. Also auch seinen Amtsvorgänger treffe in diesem Punkte keine Schuld. — Abg. Richter (freis. Volksp.) meint, Bezüglich Chamberlain's sei der Oeffentlichkeit in Versammlungen schon Genüge geschehen, und erklärt sich im Allgemeinen mit dem einverstanden, was der Reichskanzler gestern über den Dreibund sagte. Der Schluß, daß der Dreibund für uns keine Nothwendigkeit mehr sei, sei wohl weniger an den Reichstag als an andere Adressen gerichtet gewesen. Die Weltpolitik anlangend, so habe auch Fürst Bismarck durchaus Sinn für die Bedeutung von Kolonien und Schutzgebieten, zugleich aber auch jederzeit dafür das richtige Augenmaß gehabt. Ob das auch heute bei der Regierung der Fall sei, das erscheint doch nicht ganz sicher. Redner wendet sich dann gegen eine eventuelle Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer und führt die geschäftliche Krise theilweise auf das Börsengesetz und den Differenzeinwand zurück. Die postalischen Gebühren seien nur so weit herabgesetzt worden, als die Postverwaltung dazu durch Uebernahme des Betriebs der privaten Postanstalten gezwungen war. Ein Defizit bringe auch nur der Postbetrieb auf dem platten Lande. Es sei das auch wieder eine von den Liebesgaben für die Landwirthschaft. (Heiterkeit.) Redner verlangt einen selbstständigen Reichs-Finanzminister, sowie Beibehaltung der Matrikularbeiträge. Wollten die Einzelstaaten im Bundesstaate mit rathen, so müßten sie auch mit thaten. Er halte es übrigens auch für ganz und gar nicht ausgeschlossen, daß die Ueberweisungen erheblich höher ausfallen als der Etat sie vorsieht, sodaß dadurch die Steigerung der Matrikularumlagen ausgeglichen werde. Wozu also da die Zuschußanleihe, blos um die Matrikularbeiträge niedriger zu halten? Gespart müsse vor Allem beim Militär-Etat werden. Die Regierung solle doch endlich dazu gelangen, von weiteren Präsenzerhöhungen abzusehen, nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus militärpolitischen Gründen. Redner wendet sich weiter gegen die Ausgabensteigerung für die Kolonien. Natürlich stehe auch besonders die Verlängerung der Usambarabahn von Kvorogwe bis Mombo im Etat. Dabei sei Kvorogwe das reine Malarianest; die Bahn soll jetzt durch einen großen Sumpf gehen. (Heiterkeit.) Darüber würden weit näher liegende Sorgen vernachlässigt, so die Reform der Wohnungsgeldzuschüsse für ganze Beamtenkategorien. Auch in China sei die Elle länger als der